

Kinderrechtliche Anforderungen an Politik und Verwaltung

–

Das Beispiel der Landesinfektionsschutzverordnungen während der Corona-Pandemie

Fachtagung „Kinderrechte sind Menschenrechte“, 03.12.2021

Tim Stegemann, Masterstudent im Fach Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin

**Inwiefern wurden Kinderrechte bei den
Entscheidungen der Bundesländer zum Corona-
Infektionsschutz mit Auswirkungen auf den
Präsenzunterricht abgewogen?**

Überblick

I. Anforderungen der Kinderrechte an Politik und Verwaltung

II. Empirische Analyse der Begründungen von Verordnungen und Allgemeinverfügungen

III. Einordnung und Diskussion

I. Anforderungen der Kinderrechte an Politik und Verwaltung

Kinderrechtskonvention (KRK) der Vereinten Nationen als Ausgangspunkt

- ❖ Umsetzungsverpflichtung nach Artikel 4 KRK
- ❖ Rang eines einfachen Bundesgesetzes
- ❖ keine ausdrückliche Verankerung von Kindergrundrechten in der Verfassung

Kinderrechtliche Anforderungen an politisches Handeln während der Pandemie

- ❖ Grundrechtseinschränkungen sind rechtfertigungsbedürftig und müssen verhältnismäßig sein
- ❖ Berücksichtigung der Kinderrechte bei Entscheidungen zum Infektionsschutz
- ❖ je länger Beschränkungen andauern, umso gravierender ihre Effekte, desto bedeutsamer ihre verfassungsgemäße Begründung

Kindeswohlvorrang, Artikel 3 Abs. 1 KRK

- ❖ verbindliche Ermessenvorschrift, die unmittelbar anwendbar ist („self-executing“)
- ❖ Berücksichtigungs- und Abwägungsverpflichtung

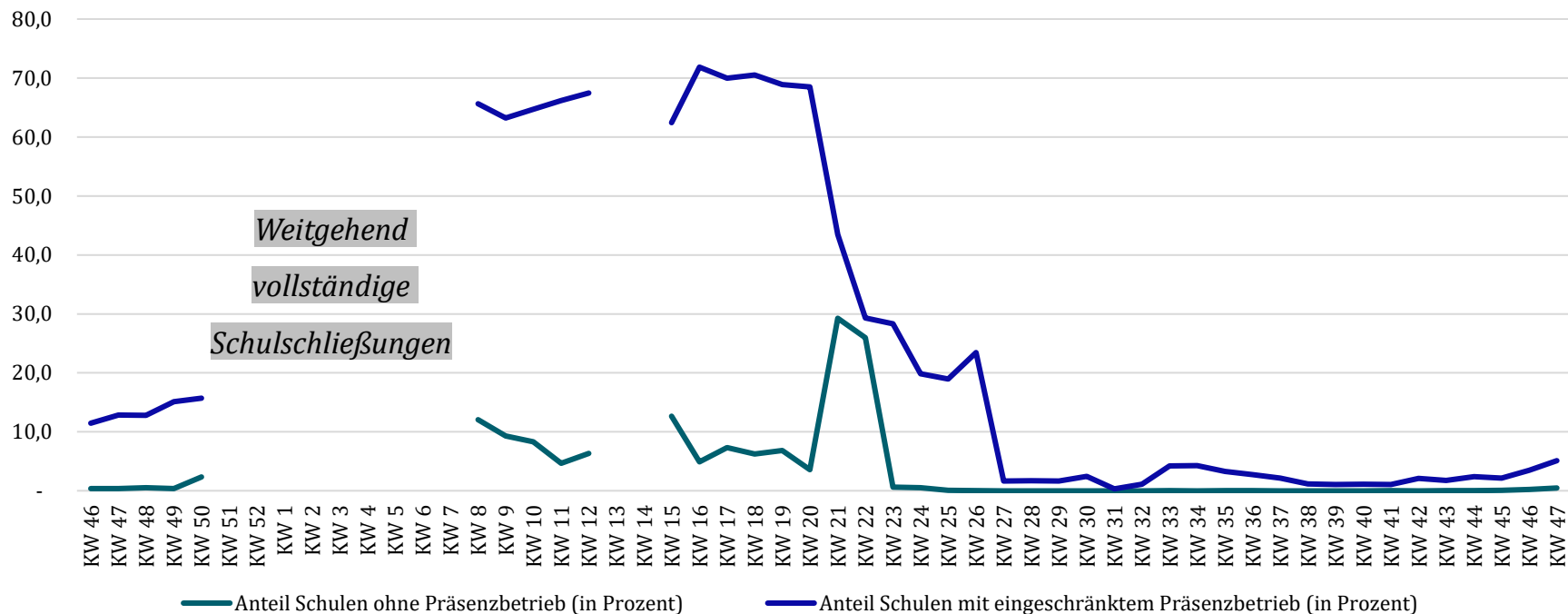
Recht auf Bildung (Artikel 28 KRK)

- ❖ Art. 28 KRK umfasst das Recht auf Bildung und Verwirklichung auf Grundlage der Chancengleichheit
- ❖ Anerkennung eines „Grundrechtes auf schulische Bildung“ durch das Bundesverfassungsgericht (Beschluss vom 19. November 2021/ 1 BvR 971/21, 1 BvR 1069/21)
- ❖ Abwehrrecht gegen einschränkende Maßnahmen

Bisherige Umsetzungsdefizite

- ❖ mangelnde Umsetzung und Anwendung der KRK in vielen Bereichen (Parallelbericht zum 5./6. Staatenbericht Deutschlands, 2019)
- ❖ große Umsetzungsunterschiede zwischen den Bundesländern (Pilotstudie „Kinderrechte-Index“, 2019)

Beschränkungen des Präsenzunterrichtes seit November 2020



Quelle: Eigene Darstellung; Kultusministerkonferenz (01.12.2021): Schulstatistische Informationen zur Covid-19 Pandemie, abrufbar unter: <https://www.kmk.org/dokumentation-statistik/statistik/schulstatistik/schulstatistische-informationen-zur-covid-19-pandemie.html>

II. Empirische Analyse der Berücksichtigung von Kinderrechten

Corona-Maßnahmen der Bundesländer erfolgen auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes (IfSG)

- ❖ Landesregierungen können per Rechtsverordnung oder Allgemeinverfügung Regelungen zum Infektionsschutz treffen (dezentrale und koordinierte Entscheidungsfindung)
- ❖ Mehrfache Änderungen des Infektionsschutzgesetzes im Verlauf der Pandemie
- ❖ Häufige und vielfältige Änderungen der Landesinfektionsschutzverordnungen

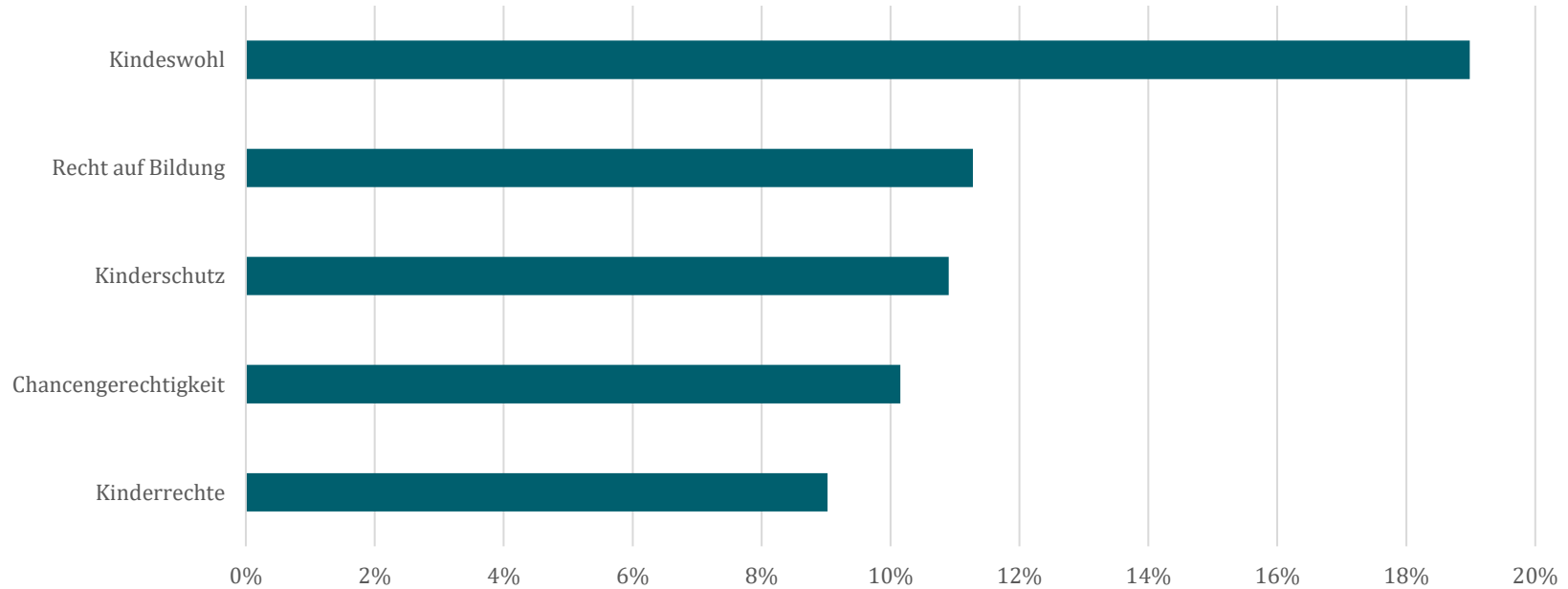
Rahmen der Inhaltsanalyse von Rechtsverordnungen zu Beschränkungen des Präsenzunterrichts

- ❖ Analysezeitraum März 2020 bis November 2021
- ❖ Sample mit 532 veröffentlichten Begründungen zu Rechtsverordnungen und Allgemeinverfügungen der Bundesländer mit Bezug zur Beschränkung des Präsenzunterrichtes
- ❖ Operationalisierung durch Analyse-Codes zum Kindeswohl, Recht auf Bildung, Kinderschutz, zur Chancengerechtigkeit und zu Kinderrechten

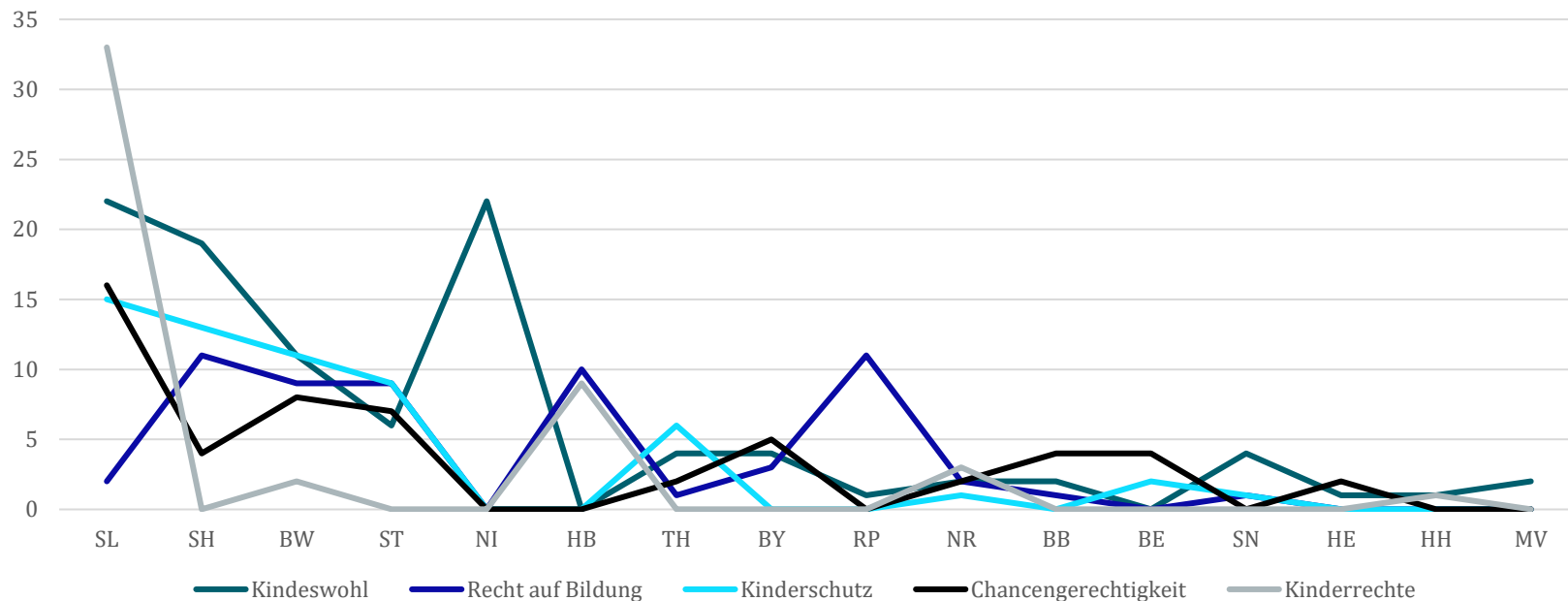
Anzahl von Begründungen mit Bezug zu Kinderrechten

	SAMPLE	Kindeswohl	Recht auf Bildung	Kinderschutz	Chancengerechtigkeit	Kinderrechte	SUMME
BB	54	2	1	0	4	0	7
BE	36	0	0	2	4	0	6
BW	37	11	9	11	8	2	41
BY	49	4	3	0	5	0	12
HB	17	0	10	0	0	9	19
HE	53	1	0	0	2	0	3
HH	35	1	0	0	0	1	2
MV	26	2	0	0	0	0	2
NI	23	22	0	0	0	0	22
NR	54	2	2	1	2	3	10
RP	23	1	11	0	0	0	12
SH	26	19	11	13	4	0	47
SL	35	22	2	15	16	33	88
SN	31	4	1	1	0	0	6
ST	14	6	9	9	7	0	31
TH	19	4	1	6	2	0	13
		101	60	58	54	48	321

Anteil von Begründungen mit Bezug zu Kinderrechten



Anzahl von Begründungen mit Bezug zu Kinderrechten nach Bundesländern



Einordnung der Ergebnisse

Fehlende Abwägung von Kinderrechten bei einer Mehrzahl von Entscheidungen über einschränkende Maßnahmen des Präsenzunterrichtes während der Corona-Pandemie

- ❖ Erste quantitative Inhaltsanalyse zeigt große Unterschiede zwischen den Bundesländern
- ❖ Keine Treffer bei der Suche nach Beteiligungsrechten von Kindern
- ❖ Auswertungen im Zeitverlauf notwendig
- ❖ weitere qualitative Inhaltsanalysen über Auswirkungen auf die konkreten Verordnungen notwendig

Rechtliche Stärkung könnte zur stärkeren Berücksichtigung von Kinderrechten führen

- ❖ Mögliche Veränderungen im weiteren Verlauf der Pandemie nach der Anerkennung des Rechts auf schulische Bildung durch das BVerfG
- ❖ Verankerung von ausdrücklichen Kindergrundrechten könnte ihre Anwendung und Berücksichtigungen bei Entscheidungen stärken

Verwendete Quellen

Behnke, N. (2020). Föderalismus in der (Corona-)Krise? Föderale Funktionen, Kompetenzen und Entscheidungsprozesse. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 70(35–37), 9–15.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2021, Belastungen von Kindern, Jugendlichen und Eltern in der Corona-Pandemie, abrufbar unter: <https://www.bib.bund.de/Publikation/2021/pdf/Belastungen-von-Kindern-Jugendlichen-und-Eltern-in-der-Corona-Pandemie.html?nn=9755140>

BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 19. November 2021 - 1 BvR 971/21 -, Rn. 1-222,

Bülow, Karoline 2021: Kinderrechte in der Corona-Krise – Recht auf Bildung in das Grundgesetz, *Deutsche Richterzeitung*, 194-197.

Deutsches Institut für Menschenrechte 2020: Stellungnahme - Kinderrechte in Zeiten der Corona-Pandemie. Kinderrechtsbasierte Maßnahmen stützen und schützen Kinder und Jugendliche in Krisenzeiten, abrufbar unter: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Stellungnahmen/Stellungnahme_Kinderrechte_in_der_Corona-Pandemie.pdf

Donath, Philipp B. 2020: Corona und Kinderrechte – über die Aufnahme ausdrücklicher Rechte von Kindern ins Grundgesetz zur Stärkung von Eltern und Kindern. *Forum Jugendhilfe : AGJ-Mitteilungen* 2, 11-17

Donath, Philipp B./Hofmann, Rainer 2017: Gutachten bezüglich der ausdrücklichen Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz nach Maßgabe der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention, Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Hegele, Yvonne; Schnabel, Johanna 2021: Federalism and the management of the COVID-19 crisis: centralisation, decentralisation and (non-)coordination. *West European Politics* 44 (5-6), S. 1052–1076.

Kuhlmann, Sabine/Franzke, Jochen 2021: Multi-level responses to COVID-19: crisis coordination in Germany from an intergovernmental perspective, *Local Government Studies*, 1-23.

Papier, Hans-Jürgen 2020: Umgang mit der Corona-Pandemie: Verfassungsrechtliche Perspektiven, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 70: 35-37, 4-8, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/apuz/314341/verfassungsrechtliche-perspektiven>.

Wapler, Friederike 2015: Kinderrechte und Kindeswohl. Eine Untersuchung zum Status des Kindes im Öffentlichen Recht, Jus Publicum, v.240, Tübingen.

Diskussion

Kontakt

E-Mail: stegemann.tim@posteo.de

Twitter: t_stegemann